Die Gewerkschaft.

Organ für die Interessen der in Gemeindebetrieben beschäft. Arbeiter und Unterangestellten.

Publikations-Organ der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten.

Erscheint alle 14 Tage Sonntags. Bezugspreis 80 Pfg. pro Vierteljahr. Einzelnummer 15 Pfg.	Verantwortlicher Redakteur und Verleger: **Bruno Poersch,** Berlin W. 30, Winterfeldstr. 25.	Inserate, die 3 gespaltene Petit-Zeile 30 Pf. Versammlungs- u. Vereinsanzeigen 15 Pf. Bei Wiederholung Ermäßigung.

Nr. 6. | **Berlin, den 24. März 1901.** | **5. Jahrg.**

Achtung, Verbandskollegen!

Die 1. General-Versammlung unseres Verbandes beschloß eine Krankengeldzuschuß-Kasse ins Leben zu rufen. Dieselbe ist mit dem 1. Februar d. Js. ins Leben getreten, nachdem durch die erfolgte Urabstimmung die unterbreitete Vorlage mit großer Majorität angenommen wurde.

Das Eintrittsgeld für die Krankengeldzuschuß-Kasse beträgt 0,50 Mk., der wöchentliche Beitrag in der I. Klasse 10 Pf., in der II. Klasse 20 Pf., in der III. Klasse 30 Pf.

Dafür wird folgende Unterstützung gewährt:

Für die Mitglieder der I. Klasse 3 Mk. pro Woche
" " " " II. " 6 " " "
" " " " III. " 9 " " "

Die genannten Unterstützungssätze werden im ersten Jahre der Mitgliedschaft für 13 Wochen, im zweiten Jahre für 20 und im dritten Jahre für 26 Wochen gewährt.

Ueber die anderen statuarischen Bestimmungen bitten wir die Nr. 19 der „Gewerkschaft" vom vorigen Jahre nachsehen zu wollen.

Den Filial-Vorständen sind bereits Aufnahme-Formulare zugestellt worden.

Diejenigen Verbandskollegen, welche der Krankengeld-Zuschußkasse beitreten wollen, müssen sich dieserhalb an ihre Filial-Vorstände wenden, welche die Aufnahme zu vollziehen haben.

Der Verbands-Vorstand.

Die englische und die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung.

Die hohe Blüthe des Konsumgenossenschaftswesens in England veranlaßt vielfach zu der Annahme, daß dort die Entwicklung der Konsumgenossenschaftsbewegung einen Weg eingeschlagen hat, der für Deutschland aussichtslos erscheint. Namentlich wird dabei auf die hohe Kapitalkraft der englischen und die geringe der deutschen Konsumgenossenschaften hingewiesen. Thatsächlich kommt in England auf jedes Mitglied im Durchschnitt 234,60 Mk. Geschäftsantheil und 10,2 Mk. Reserven, während auf den deutschen organisirten Konsumenten 21 Mk. Geschäftsantheil und 9,5 Mk. Reserven kommen.

Nun ist es jedoch nicht richtig, die Höhe des Geschäftskapitals mit der Anzahl der Mitglieder zu vergleichen, sondern es muß die Höhe des Umsatzes und der Umfang der konsumgenossenschaftlichen Eigenproduktion herangezogen werden. In den englischen Konsumgenossenschaften macht das eigene Kapital 44 pCt., das geliehene 5½ pCt., das Gesammtbetriebskapital 49½ pCt. des Umsatzes aus, in den deutschen stellt sich das eigene Kapital auf 12 pCt., das geliehene Kapital auf 11 pCt., das Gesammtbetriebskapital auf 23 pCt. des Umsatzes. Diese Ziffern lassen den Abstand bereits weniger groß erscheinen. Dazu kommt noch, daß die englischen Konsumvereine eine erheblich größere Eigenproduktion haben (für 78 Millionen Mark jährlich) als die deutschen und daß sie an einem relativen Kapitalüberfluß leiden, da ihr Betriebskapital 49½ pCt. des Umsatzes beträgt, ein Verhältniß, daß auch bei den reinen Produktiv-Genossenschaften nicht höher ist. Um sich dieses Kapitalüberflusses zu entledigen, beginnen die englischen Konsumgenossenschaften jetzt mit großem Erfolg durch den Bau von Genossenschaftswohnungen die Wohnungsfrage für ihre Mitglieder zu lösen, weshalb auch nicht von einem absoluten, sondern nur von einem relativen Kapitalüberfluß die Rede sein kann.

Wenn auch der Abstand zwischen den deutschen und den englischen Konsumgenossenschaften nicht so groß ist, wie es bei oberflächlicher Betrachtung den Anschein haben könnte, so ist jedenfalls anzuerkennen, daß die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung, falls sie den englischen ähnliche Resultate erzielen will, auf die Kapitalbildung ein größeres Gewicht zu legen hat, als bisher der Fall war. Wenn das geschieht, so wird sie voraussichtlich noch glänzendere Resultate zu verzeichnen haben als ihre um 30 Jahre ältere englische Schwester. Im Jahre 1870 hatten von 900 englischen Konsumvereinen 748 einen Umsatz von 164 Millionen Mk., 1871 von 960 Vereinen 746 einen Umsatz von 189 Millionen Mk., der Gesammtumsatz der englischen Konsumvereine in den Jahren 1870 und 1871 wird 200—250 Millionen Mk. betragen haben, eine Ziffer, welche die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung erst heute erreicht.

Noch absprechender wird gewöhnlich über die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung geurtheilt, wenn die glänzenden Resultate der britischen Großeinkaufsgesellschaften vor Augen geführt werden.

Die größte der britischen Großeinkaufsgesellschaften, die englische, hat im Jahre 1899 bei 16 Millionen Mk. Antheilskapital und 27 Millionen Mk. geliehenen (meistens Spar-) Geldern einen Umsatz von 284 Millionen Mk. zu verzeichnen gehabt, die Eigenproduktion betrug rund 40 Millionen Mk. Sie betreibt drei Schuhfabriken, zwei riesige Getreidemühlen, zwei großartige Schneider- und Konfektionswerkstätten, je eine Wollweberei, Biskuit-, Konserven-, Tabak- und Seifenfabrik, eine Möbeltischlerei und eine Buchdruckerei. Die Gesellschaft hat eigene Importhäuser in Deutschland, Dänemark, Frankreich, Amerika und Australien, Thee-, Kaffee- und Kakao-Plantagen, das größte Theegeschäft der Welt und sieben eigene Dampfer zum Import seiner Waaren. Die Zahl der beschäftigten Personen beträgt 11 000.

Diese einzig dastehenden glänzenden Leistungen erscheinen unerreichbar, und doch sind auch sie nur etwas Gewordenes. Der Anfang der englischen Großeinkaufsgesellschaft ist ebenso klein und bescheiden als der Anfang der deutschen Großeinkaufsgesellschaft. Wir geben zunächst eine Uebersicht über die Entwicklung der englischen und der deutschen Großeinkaufsgesellschaft in den ersten sieben Jahren ihrer Existenz:

Englische Großeinkaufsgesellschaft.

Jahr	Mitglied. d. Vereine	Umsatz	Eigenes Kapital	Geliehenes Kapital	Reserve
1864	18 332	1 Mill. Mk.	50 000 Mk.	—	—
1865	24 005	2½ " "	150 000 "	—	—
1866	30 130	3½ " "	220 000 "	—	—
1867	(Verkürzung des Geschäftsjahres: des Wachsthums kommt in den Jahren des nächsten Jahres zum Ausdruck.)				
1868	59 349	6½ Mill. Mk.	225 000 Mk.	290 000 Mk.	14 000 Mk.
1869	74 737	8¼ " "	297 000 "	320 000 "	22 000 "
1870	79 243	10 " "	331 000 "	456 000 "	26 000 "

Deutsche Großeinkaufsgesellschaft.

Jahr	Vereine	Umsatz	Eigenes Kapital	Geliehenes Kapital	Reserven
1894	47	½ Mill. Mk.	34 500 Mk.	—	—
1895	62	1" "	34 500 "	4 000 Mk.	248 Mk.
1896	66	3¼ " "	72 500 "	6 000 "	2 000 "
1897	68	5 " "	100 000 "	10 000 "	6 000 "
1898	71	5½ " "	100 000 "	55 000 "	8 000 "
1899	81	6¼ " "	140 000 "	46 000 "	15 000 "
1900	104	8 " "	200 000 "	115 000 "	19 000 "

Diese Zinern zeigen, daß die deutsche Großeinkaufsgesellschaft sich annähernd in demselben Maß entwickelt hat, wie die englische Großeinkaufsgesellschaft. Da die deutsche Großeinkaufsgesellschaft von vornherein eine Schöpfung eines ganz beschränkten Kreises der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung (nämlich der weitsichtigen Leiter der sächsischen Vereine) ist, da sie entstanden und erwachsen ist unter dem Widerstand weiter Kreise innerhalb der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung, so ist es einfach bewundernswerth, daß sie in ihrer Entwicklung so nahe an das englische Vorbild heranreicht. Jetzt, wo der Gedanke des gemeinschaftlichen Einkaufs durch die Großeinkaufsgesellschaft überall in Deutschland feste Wurzeln schlägt, unterliegt es keinem Zweifel mehr, daß der Abstand zwischen uns und den Engländern in zwei bis drei Jahren eingeholt ist und daß wir hoffen dürfen, den Gang der englischen Entwicklung zu überholen. Das ist umso bedeutungsvoller, als dadurch allein die deutschen Konsumenten in die Lage kommen, den Produzenten-Ringen eine gleichwerthig wirthschaftliche Organisation zum Schutze der Konsumenten entgegen zu stellen. Je lebhafter die deutschen Konsumgenossenschaftsverwaltungen von dem Gedanken des gemeinschaftlichen Einkaufs durch die Großeinkaufsgenossenschaft durchdrungen sind und je mehr sie bestrebt sind, diesen Gedanken in die That umzusetzen, um so schneller wird dieses Ziel erreicht, um so eher der Preissteigerung vieler wichtiger Bedarfsartikel kraftvoll Einhalt geboten werden.

Zum Leipziger Skandal.

Die Gegendenkschrift zum Leipziger Setzerstreik, die der Vorstand des Verbandes der deutschen Buchdrucker veröffentlicht und außer seinen Mitgliedern auch der Arbeiterpresse und den Gewerkschaftskartellen zugängig gemacht hat, enthält in ihren 32 Seiten so zahlreiche und wichtige Korrekturen der Darstellung und Schlüsse der Parteivorstands-Denkschrift, daß es ohne Abdruck der ganzen Schrift und der entgegenstehenden Behauptungen des Parteivorstandes nicht möglich ist, ein zutreffendes Bild aller Einzelheiten zu geben. Wir müssen daher unsere Gewerkschaftsgenossen, die ein begreifliches Interesse an der Feststellung der Thatsachen und Ursachen dieses „eigenartigen Konfliktes" haben, auf das aufmerksame Studium beider Denkschriften verweisen und vertrauen völlig ihrem geschulten Urtheil, so daß es für uns keines Herausgreifens gewisser Punkte in dieser Angelegenheit bedarf.

Indeß haben wir eine Anstandspflicht zu erfüllen, die uns noch einmal zur Erörterung dieses Streitfalles veranlaßt. Wir hatten in Nr. 7 unseres Blattes bei Besprechung der Denkschrift des Parteivorstandes den Umstand erwähnt, daß der Parteivorstand die Hauptschuld an dem Nichtzustandekommen einer Einigung dem Vertrauensbruch des Genossen Bogeritz beimesse. Letzterer, der aus eigener Initiative einen letzten Vermittelungsversuch beim Parteivorstand unternahm, habe einen von diesem erhaltenen Auftrag an die Leipziger Druckereileitung nicht ausgeführt, sondern nach seiner Rückkehr das bekannte Plakat geschrieben und anschlagen lassen. „Es ist **99** gegen **100** (?) zu wetten", heißt es in der Parteivorstands-Denkschrift — „daß, wenn Bogeritz loyal gehandelt und sich des Treubruches nicht schuldig gemacht hätte, das Aeußerste, die Aufgabe der Arbeit seitens der 27 Setzer, nicht eingetreten und ein Ausgleich der Differenzen in letzter Stunde noch herbeigeführt worden wäre."

Die Erklärungen der Genossen Bogeritz und Pinkau, welche gemeinsam im Parteiinteresse diesen letzten Ausgleichsversuch aus eigenem Antriebe und unter anfänglichem Widerstand und größter Reserve der Parteivorstandsvertreter unternahmen, überzeugen uns von der Unhaltbarkeit des obigen Vorwurfes gegen Bogeritz. Nach Beider Darstellung hatten Bogeritz und Pinkau sich verabredet, daß Letzterer, als beim Konflikt nicht direkt Betheiligter, die Wünsche des Parteivorstandes dem Druckereileiter überbringen solle. Beide fanden indeß bei ihrer Rückkehr nach Leipzig in der „Volksztg." des vorhergehenden Tages eine provokatorische Erklärung der Druckereileitung vor, die nicht blos für den Buchdruckerverband beleidigend war, sondern auch in der Hoffnung gipfelte, die Verbandssetzer, die „demnächst in der „Leipziger Volkszeitung" den Staub von den Pantoffeln schütteln werden", würden Platz in der Offizin des kapitalistischen „Leipziger Tageblatt" finden. Diese Kriegserklärung der Druckereileitung war es, die Bogeritz zur Abfassung des bekannten Plakats veranlaßte, während Genosse Pinkau durch die scharfen Angriffe einer Tags zuvor in Leipzig Ort stattgefundenen Parteiversammlung auf die Buchdrucker, wie auch durch obige Notiz der „Volksztg." ebenfalls zu der Auffassung der Aussichtslosigkeit seiner Mission gelangte. Er wurde darin durch die Zustimmung des Genossen Buhl-Leipzig, mit dem er noch Rücksprache hielt, bestärkt. Wir kennen Genossen Pinkau als ebenso ehrlichen und wahrheitsliebenden, wie verständigen Genossen, der keiner unredlichen Handlung fähig ist. Sein Wort wiegt uns 100 Redewendungen Derjenigen auf, die sich krampfhaft bemühen, die unredlen-

haften Streikbrecherdienste arbeitswilliger Sonderbündler zu entschuldigen oder gar die Stumm'sche Praxis der Leipziger Druckereileitung zu rechtfertigen. Genosse Pinkau hätte 100 Leipziger Genossen begegnen können und sie würden, wie Buhl und Bogenitz, in diesem Moment auch den letzten Verständigungsversuch als aussichtslos erachtet haben. Am Tage der Rückkehr der Beiden erschien außerdem nicht blos der Versammlungsbericht von Leipzig-Ost mit scharfen Ausfällen gegen die Buchdrucker, sondern auch ein zweiter Artikel der Druckereileitung, der die Buchdrucker des Einverständnisses mit der Redaktion des „Leipziger Tageblatt" verdächtigte. Und nicht nur war der Druckereileiter Heinisch von der Reise Pinkau's und Bogenitz' unterrichtet, sondern er erklärte auch dem Bogenitz gegenüber, als dieser ihm das telegraphisch an E. Galbrecht, dem Leipziger Verbandsbevollmächtigten, übermittelte Einverständniß des Verbandsvorstandes mit dem Stattfinden einer Einigungskonferenz vorwies: „Das hätte acht Tage früher kommen müssen, ehe die Engagements vollzogen waren; jetzt ist es **zu spät**" — genau so, wie Herr Heinisch neun Tage früher und zwei Tage vor der gemeinsamen Kündigung der Setzer Auer's ersten Ausgleichsvorschlag beantwortet hatte: „Die Würfel waren bereits gefallen, ehe Ihr Brief ankam."

Wir fühlen uns nach alledem zu der Erklärung verpflichtet, daß wir in dem Verhalten der Genossen Bogenitz und Pinkau keinen Vertrauensbruch erblicken können, da Umstände, die ihnen bei Uebernahme ihrer Mission nicht bekannt waren und sein konnten, deren Ausführung vereitelten, während andererseits die Druckereileitung, die von der Beiden Vermittelungsversuch unterrichtet war, sehr wohl die neuen Provokationen der Buchdrucker in „Volkszeitung" und Versammlung hätte verhindern können. Wir bedauern, daß die Denkschrift des Parteivorstandes diese Episode benutzt, um die klaren Schuldverhältnisse zu verschieben und gerade die beiden Friedensstifter als Prügelknaben zu opfern. Wir sind davon überzeugt, daß die Genossen Bogenitz und Pinkau sich durch die infolge der entstellten Schilderung der Parteidenkschrift erfolgten Angriffe zahlreicher Arbeiterblätter auch in Zukunft nicht abhalten lassen werden, für die Arbeiterinteressen überall einzutreten, wo dieselben durch Stümmlingspraktiken benachtheiligt werden. Sie leisten dadurch der Arbeiterpartei einen besseren Dienst, als jener Reichstagsabgeordnete und Redakteur eines Gewerkschaftsorgans, der ihnen bei ihrem Vermittelungsversuch in Berlin erklärte: „Was wollt Ihr hier? Es ist doch Alles in Ordnung!" und auf den Hinweis Pinkau's auf den voraussichtlichen Skandal hinzufügte: „Das macht nichts der wird auch überstanden; ich machte es gerade so!"

Vorstehende Ausführungen, die wir dem „Korrespondenzblatt" der Generalkommission entnehmen, stimmen voll mit unseren Ansichten überein. Wir freuen uns insbesondere, daß das „Korrespondenzblatt" mit solcher Energie den gewerkschaftlichen Standpunkt vertritt, welches bedauerlicher Weise einige Gewerkschaftsorgane nicht thun. Diese haben gegen das Vorgehen der „Leipziger Volkszeitung" so gut wie nichts einzuwenden. Daß leitende Personen in der Gewerkschaftsbewegung einen solchen Standpunkt einnehmen können, zeigt wie rückständig die deutsche Gewerkschaftsbewegung noch in manchen Punkten ist. Ueberhaupt ist es ein trauriges Resultat für die deutsche Gewerkschaftsbewegung, daß sie nicht im stande war, bisher die paar Leipziger zur Vernunft zu bringen. Ein geschlossenes Vorgehen der Verbandsleitungen wäre hier am Platze.

Ein Wort der Redaktion.

Allen die es angeht zum ernsten Studium empfohlen seien folgende Zeilen, die wir im wohlverstandenen Interesse sowohl der Redaktion, als auch der Kollegen im Allgemeinen an dieser unserer Meinung nach angebrachten Stelle unseren Lesern zur Kenntnißnahme unterbreiten.

Ueber Zuverlässigkeit in der Berichterstattung haben sich Zeitungsredakteure vielfach zu beklagen. Bei der Aufmerksamkeit, die namentlich der Arbeiterpresse von Seiten der Staatsanwaltschaft zu Theil wird, ist dies für die Redakteure natürlich sehr gefährlich. Vor kurzer Zeit stand der Redakteur Schulze vom „Weckruf der Eisenbahner" wegen Beleidigung eines Regierungsbaumeisters des Eisenbahndirektionsbezirks Magdeburg vor dem Hamburger Schöffengericht. Der Baumeister hatte eines Tages eine Lokomotive bestiegen und hatte sich dabei Hände und Hose beschmutzt. Aergerlich darüber, hatte er beim Absteigen ausgerufen: „So'ne Schweinerei!" Irgend ein unzuverlässiger Mann machte daraus: „Hauen Sie dem Schweinehund (Setzer) eine hinter die Ohren!" und hatte die so zurechtgemachte Aeußerung dem „Weckruf"-Redakteur mitgetheilt, das Vertrauen desselben in schmählicher Weise mißbrauchend. Da durch Vernehmung einer Reihe von Zeugen festgestellt ist, daß die Aeußerung die zuerst wiedergegebene und nicht die letztere Form gehabt hat, wird Sch. zu einer Geldstrafe von 50 Mk. oder 10 Tagen Gefängniß verurtheilt.

Die Sache ist in diesem Falle noch ziemlich glimpflich abgegangen, es ist nichtsdestoweniger eine aufs Schärfste zu verurtheilende Nichtswürdigkeit, wenn ein Redakteur auf diese Weise hineingelegt wird von Denjenigen, deren Rechte er vertritt. Es liegt uns nun vollständig fern, die Glaubwürdigkeit bezw. die Korrektheit unserer Kollegen in der Berichterstattung irgendwie in Zweifel ziehen zu wollen; wir möchten nur angesichts des vorstehenden Falles abermals zur Vorsicht, sowie um eine absolut gewissenhafte, voll der Wahrheit entsprechende Berichterstattung gebeten haben.

Verbandstheil.

Verbandsvorsitzender: **R. Fiebig, Berlin S., Urbanstraße 34.** Geschäftsführender Sekretär des Verbandes: **Bruno Poersch, Berlin W. 30, Winterfeldstr. 25,** Portal III. Sprechst. von 10—12 Uhr Vormittags. Sonn- und Feiertags ist die Geschäftsstelle geschlossen. Verbandskassirer: **P. Posseckert, Berlin N. 58, Cresckowstr. 48.** Geschäftsführer der Krankengeld-Zuschußkasse: **E. Damm, Berlin W. 30, Winterfeldstraße 25.** Alle Korrespondenzen, Anfragen ꝛc., die den Verband betreffen, sind nur an den Verbandssekretär, alle Geldsendungen, mit Ausnahme derjenigen, welche für die „Gewerkschaft" und die Krankengeld-Zuschußkasse bestimmt, sind nur an den Verbandskassirer zu richten. Alle Korrespondenzen und Geldsendungen für die Krankengeld-Zuschußkasse gehen an E. Damm, Berlin W. 30, Winterfeldstraße 25.

Geldsendungen für die „Gewerkschaft" gehen an Br. Poersch.

Vorsitzender des Ausschusses: **P. Schulz, Berlin S.O., Lausitzerstraße 21.**

Bekanntmachung.

Den Filialen-Vorständen sind dieser Tage die neuen Streikreglements zugesandt worden. Dieselben haben dafür Sorge zu tragen, daß jedes Mitglied ein solches Reglement erhält. Außerdem sind Zettel zum Ueberkleben der früher herrschenden Bestimmungen an die Filialen-Vorstände mitgesandt worden. Diese Zettel sind also auf Seite 10 des Statuts zu kleben. Es muß darauf geachtet werden, daß die alten Bestimmungen auch wirklich überklebt werden, damit später nicht Irrthümer entstehen.

In Fürth ist eine Filiale gegründet worden.

Für den Verbands-Vorstand:
Br. Poersch.

Korrespondenzen.

Chemnitz. Eine gut besuchte Versammlung der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterbeamten tagte am 8. März in Stadt Meißen. Ein Theil der Arbeiter war in der Versammlung deshalb nicht erschienen, weil ihnen am Freitag nicht der Lohn ausgezahlt worden war; wie es hieß, waren die Bureau-Arbeiter mit der Lohnberechnung wegen des Bußtages nicht rechtzeitig fertig geworden. Der Referent Genosse Krause führte den Anwesenden den Werth der Organisation vor Augen, betonte, daß gerade in Chemnitz noch sehr viel zu thun wäre, um für die Gemeindearbeiter bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen. Die Arbeitszeit dauere noch 11 Stunden, wozu noch eine Anzahl Ueberstunden kämen. Ein Arbeiter, der mit Sprengen beschäftigt war, arbeitete in zwei Wochen 187 Stunden und habe hierbei noch 8 Stunden geiehlt. In der Gasanstalt besteht noch die 12stündige Schicht und beim Schichtwechsel muß 24 Stunden gearbeitet werden. Weiter werden pro Woche nicht 6, sondern 7 Schichten gearbeitet. Auch die Löhne lassen zu wünschen übrig, so werden die Hofarbeiter mit 2,80 Mk. bezahlt bei zehnstündiger Arbeitszeit, die Schichtarbeiter erhalten 3,25 bis 3,30 Mk. Die Kaminarbeiter werden noch schlechter bezahlt, so mit 22—23 Pf. pro Stunde, ein Lohn von 28 Pf. pro Stunde wird schon als hoch bezeichnet. Alle diese und weitere Uebelstände könnten nur durch ein gemeinsames Vorgehen beseitigt werden, denn wenn der Einzelne hiergegen auftrete, würde er als nicht glaubhaft leicht von „Oben" abgethan.

Die Diskussion bewegte sich im Rahmen des Referats und wurde das Auftreten des Meisters Müller scharf kritisirt, der sich Ausdrücke wie Brumm Ochse und Esel den Arbeitern gegenüber bediene. Auch wurde folgender Zettel-Anschlag einer derben Kritik unterzogen: „Das Verlassen des Gasanstalt-Grundstückes während der Schichtzeit ohne Genehmigung des Meisters ist von jetzt ab nur in der Zeit von 12—1 Uhr gestattet, nach dem Läuten wird Niemand mehr herein gelassen.

In der Frühstücks- und Vesperpause dürfen infolgedessen Eß- oder Trinkwaaren nicht mehr geholt werden sondern dieselben müssen entweder vorher besorgt oder können eventuell in den kleinen Pausen durch einen vom Meister dazu bestimmten Arbeiter geholt werden."

Dieses Schriftstück trägt keine Unterschrift, auch ist es nur an der Eingangsthür zum Baderaum in der Gasanstalt angebracht. 13 neue Mitglieder ließen sich aufnehmen, so daß jetzt 43 Kollegen dem Verbande angehören.

Hamburg. Eine öffentliche Versammlung tagte am 24. Februar Nachmittags 2 Uhr bei Schwaff mit der Tagesordnung: 1. Die Lage der städtischen Arbeiter und was nützen uns die Gewerkschaften. Referent: Genosse Bürger. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. Zum Bureau wurden gewählt: Doenger, Koops und Woitrich. — Zu Punkt 1 erhält der Referent das Wort zu seinem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag, dem zu entnehmen ist:

Die Arbeiter, welche in Staatsbetrieben beschäftigt sind, haben vielfach die Meinung, daß sie es nicht nöthig haben, sich einer Gewerkschaft anzuschließen, indem sie pünktlich Arbeit und eine sürsorgende Verwaltung haben. Wenn hier in städtischen Betrieben Arbeitervertreter vorhanden wären, wie z. B. in Leipzig, München, Berlin ꝛc., würde es jedenfalls besser aussehen. Daher ist hier eine Gewerkschaft sehr nothwendig, und zwar aus dem Grunde, weil wir durch dieselbe kürzere Arbeitszeit sowie bessere Löhne und Arbeitsbedingungen erzielen, unter der Voraussetzung, daß die Betheiligten dafür eintreten. Die seitherigen Bewegungen, bei denen staatliche Arbeiter betheiligt waren, führten zu keiner Einigung, indem s. Z. die Gewerkschaften noch nicht so verbreitet waren als heute. Hinsichtlich des Wahlmodus, dank dessen nicht so viele Arbeiter-Vertreter in die städtischen Parlamente kommen, sehen wir uns doppelt vor die Initiative gestellt, durch festen Zusammenschluß etwas zu erreichen. Ist doch selbst in den jetzigen Verwaltungen die Lage der städtischen Arbeiter verbessert worden, so daß ein Lohn von 3,60 Mk. und 3,70 Mk. nicht ausreichend sei, eine Familie davon zu unterhalten, zumal bei stetig zunehmender Lebensmittelvertheurung. In der That haben sich hierdurch die Verhältnisse in Bezug auf die Löhne verschlechtert, und ergiebt sich die Nothwendigkeit, daß die Lohnlage der Arbeiter verbessert werden muß. Als eine Wohlthat wird hing stellt, daß in städtischen Betrieben Dienst- und Arbeitswohnungen eingerichtet werden sollen. Wie nun aber, falls Differenzen zwischen den Vorgesetzten und Arbeitern entstehen, dann wird der Arbeiter nicht nur arbeitslos, sondern er muß auch innerhalb zwei Tage die Wohnung räumen. Solche und ähnliche Kalamitäten erheischen ein Interesse, und wie werden sich die Arbeiter dazu stellen! Ferner ist bei den Krankenkassen viel zu reformiren, und lassen sich solche Sachen nur im Rahmen der Gewerkschaft behandeln. Daher ist es in den Gemeindebetrieben unerläßlich, daß die Vertreter der Arbeiter überall anerkannt werden. Ich bin der Meinung, wenn heute eine Vertretung von staatlichen Arbeitern vor die betreffenden Behörden käme, würde man derselben wohlwollend entgegenkommen, und die Behörde würde ihr Möglichstes thun, um die Leute zufrieden zu stellen; andererseits dürfen wir überzeugt sein, daß, wenn eine Delegation aus Nichtorganisirten vorstellig würde, sie ganz einfach zur Antwort bekäme: „Wem's nicht paßt, der kann gehen." Sie können nur durch gemeinsames Vorgehen ihre Interessen wahren, und diese bedingen die Stellungnahme zu wirthschaftlichen und politischen Vorgängen. In den Gewerkschaften finden wir ferner das Unterstützungswesen nach allen Seiten ausgedehnt, und ist hierin gerade schon ganz Bedeutendes geschehen worden.

Aus allem Diesen ersehen wir, wie wichtig es ist, daß wir in allen Beziehungen Reformen schaffen müssen, und deshalb fordere ich Sie hiermit nochmals auf, arbeiten Sie mit uns gemeinsam, dadurch, daß Sie Mann für Mann der Organisation beitreten.

Der Vorsitzende dankt dem Vorredner für seine trefflichen Ausführungen und führt u. a. noch einen Artikel im „Hamb. Echo" an, worin sich die Laternenwärter über die geringen Löhne beklagen, trotzdem es aber nicht für nöthig halten, sich zu organisiren.

Eine Diskussion wurde nicht beliebt. Der Vorschlag, eine Tellersammlung vorzunehmen, wurde angenommen. Nachdem noch einige Aufnahmen stattgefunden, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Appell, für den Verband kräftig streben zu wollen.

Magdeburg III. Die Filiale hielt Sonnabend, den 2. März, in Baier's Lokal, „Bürgerhalle", Knochenhauerstr. 27-28, ihre Mitglieder-Versammlung ab. Zur Erledigung standen drei Punkte. Zunächst verlas der Schriftführer das Protokoll von der letzten Versammlung. Da Niemand etwas dagegen einzuwenden hatte, so wurde zur Tagesordnung übergegangen. Die Beiträge waren bereits vorher eingezogen. Zunächst gab der Vorstand den Bericht vom verflossenen Jahre. Vorstandssitzungen wurden abgehalten 4, kombinirte Versammlungen tagten 4, ordentliche Versammlungen haben 10 stattgefunden, 2 konnten wegen schwachem Besuch nicht tagen. Die Gesammt-Einnahme betrug 522,10 Mk. Demgegenüber stand eine Ausgabe, die sich zusammensetzte: 1. an die Hauptkasse gesandt 286,91 Mk., Verwaltungskosten und Material 35,80 Mk., Krankenunterstützung 25 Mk., für Agitation und Vorträge 17,— Mk., an das Gewerkschaftskartell 7,85 Mk. In der Filialkasse verbleibt ein Bestand von 149,54 Mk. Die Zahl der Mitglieder belief sich bei der Gründung auf 20 und weist heute einen Bestand von 76 Mitgliedern auf. Wenn das Resultat auch noch etwas besser sein könnte, so können wir aber immerhin mit Zufriedenheit auf das Jahr zurückblicken, wenn man in Betracht zieht, mit welchem Mißtrauen man uns entgegenkommt.

In den Vorstand wurden wiedergewählt die Kollegen Rieke als Vorsitzender, Nieter als Kassirer, Matzatter als Schriftführer und Degen als Stellvertreter des Schriftführers.

Unter Verschiedenes gelangten interne Angelegenheiten zur Besprechung, unter Anderm wurde die Thätigkeit der Arbeiterausschüsse erörtert, hierauf soll in einer späteren Versammlung zurückgekommen werden.

Aus unserem Kernt.

Sommerurlaub für die Berliner städtischen Arbeiter. Aus den Kreisen der städtischen Arbeiter wird dem „Vorwärts" geschrieben:

Die Deputation der städtischen Kanalisationswerke hat, die Forderung der Kanalisationsarbeiter auf Gewährung eines Sommerurlaubs mit der Begründung abgelehnt, daß sie hierzu nicht zuständig wäre und nur der Magistrat darüber entscheiden könnte. Darauf muß erwidert werden, daß schon im August 1899 die gesammten städtischen Arbeiter an den Magistrat eine Petition um Gewährung von Sommerurlaub richteten, daß aber bis auf den heutigen Tag — also nach 1½ Jahren — den Petenten noch kein Bescheid vom Magistrat ertheilt worden ist. Hoffentlich holt nun der Magistrat das Versäumte nach und trägt dafür Sorge, daß der gewünschte Urlaub den städtischen Arbeitern im bevorstehenden Sommer gewährt wird.

Unerbetene Wohnungsfürsorge. Der Berliner Stadtverordnete Lieutenant Mommsen hat dem Ausschuß

ur Vorberathung über die Wohnungsnoth und die auf diesem Gebiete bestehenden Mißstände folgenden Antrag eingereicht:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat: a) ihr baldmöglichst eine Vorlage zu machen zwecks Errichtung von Wohnhäusern zur Vermiethung der Wohnungen an die in den städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter; b) in Erwägung zu ziehen, ob und inwieweit auch für die übrigen in den städtischen Betrieben beschäftigten Personen die Vermiethung von Wohnungen in durch die Stadt errichteten Häusern in Aussicht zu nehmen ist."

Die Arbeiter der Berliner städtischen Rieselfelder, welche kürzlich dem Verbande der Gemeinde-Arbeiter beitraten, haben beschlossen, ihrer Direktion eine Petition um Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu unterbreiten. In mehreren Versammlungen, welche die Arbeiter der südlichen und nördlichen Rieselfelder in letzter Zeit abhielten, sind ihre Wünsche formulirt worden. Es wird zunächst für die Rieselwärter, Freiarbeiter, Deputanten und Handwerker eine Erhöhung der Löhne gefordert. Die Arbeitszeit wollen die Rieselwärter wie folgt geregelt wissen: Vom 1. April bis 30. September soll sie täglich 12 Stunden betragen, vom 1. Oktober bis 31. März 8 Stunden; fällt die Temperatur auf 5 Grad unter Null, so sollen sie alle 6 Stunden abgelöst werden. Weiter verlangen die Rieselwärter wetterfeste Buden, um sich gegen die Unbilden der Witterung einigermaßen schützen zu können. Heute hausen sie vielfach in „Erdhöhlen", die sie sich selbst geschaffen haben.

Ferner wird gefordert, daß die Frauen der Rieselwärter und Freiarbeiter nicht zur Gutsarbeit gezwungen werden können, sondern es in deren Belieben bleibt, ob sie bei der städtischen Gutsverwaltung arbeiten wollen oder nicht. Wiederholt ist es vorgekommen, daß man die Frauen dadurch zur Arbeit zwang, daß man die Ehemänner mit Entlassung bedrohte, falls sie ihre Frauen der Verwaltung nicht zur Verfügung stellten. Auch die Frauen der Deputanten sollen nur für einen halben Tag zur Gutsarbeit verpflichtet werden dürfen, da sonst das Hauswesen und die Kinder der Verwahrlosung anheimfallen.

Dann verlangen die Deputanten eine Erhöhung des Deputats; ferner eine Abschrift ihres Arbeitskontrakts. Außerdem fordern die gesammten Arbeiter einen jährlichen Erholungsurlaub und die Errichtung von Arbeiterausschüssen.

Dresden. Auf eine schriftliche Anfrage bei dem Rathe zu Dresden, ob die Arbeiter auf ihre im Herbste eingebrachten Gesuche etwas zu erwarten haben, hat der Oberbürgermeister uns Folgendes geantwortet:

Auf Ihre Anfrage vom 4. d. M. habe ich Ihnen mitzutheilen, daß eine endgültige Entschließung des Rathes auf die gemeinsamen Gesuche städtischer Arbeiter zwar noch nicht gefaßt ist, daß aber eine umfassende Vorlage über Verbesserungen in den Arbeits- und Lohnverhältnissen der Arbeiter städtischer Betriebe nach Anstellung umfänglicher Ermittelungen gegenwärtig in der Ausarbeitung begriffen ist und voraussichtlich im Monat April d. J. den städt. Kollegien unterbreitet werden wird.

Der Oberbürgermeister
Beutler.

Mainz. Es dürfte den Gasarbeitern Deutschlands, insbesondere den Lesern unseres Verbandsorgans, nicht unbekannt sein, daß unser altes Gaswerk eines der wenigen Deutschlands ist, in dem der Achtstundentag eingeführt ist. Man sollte man meinen, daß die Arbeiter dieses Betriebes, in Erwägung des Nutzens und der Vortheile, die die Achtstundenschicht mit sich bringt, und in Anbetracht, daß dieselbe einen schönen Erfolg ihrer Organisation darstellt, auch insgesammt treue und zielbewußte Mitglieder unseres Verbandes seien. Aber weit gefehlt. Einige, uns jetzt fernstehende Feuerhausarbeiter, die sich aber bei unserer vorjährigen Lohnbewegung resp. bei dem Streik der Gasarbeiter besonders hervorthaten, und denen man ein gewisses Maß von Intelligenz nicht absprechen konnte, sahen nach der so zu Gunsten der Gasarbeiter verlaufenen Bewegung ihre Hauptaufgabe darin, dem Vorstand der Filiale als Revanche dafür, weil derselbe ihnen verschiedentlich Vorwürfe über ihre einseitige Handlungsweise gemacht hat, wo es nur angängig war, Schwierigkeiten zu bereiten.

Besonders war der Kassirer Limbach das Ziel ihrer Angriffe, und die Affäre Pitzer war demnach den Betreffenden ein gefundenes Fressen, dachte man doch, den Strick für Pitzer jetzt sicher drehen zu können. Man forderte kurzweg die Entfernung Limbachs aus dem Vorstand, trotzdem dasselbe ja mit Leichtigkeit bei der diesjährigen Vorstandswahl geschehen konnte, hätten nur die Gasarbeiter die betreffende Versammlung besser besucht, was aus Bequemlichkeit dieser Herren nicht geschah, da es eine der Haupttugenden der hiesigen Gasarbeiter ist, die Versammlungen zu schwänzen. Daß der Vorstand so wenig Kenntniß von den Unterschlagungen Pitzers hatte, wie die Gasarbeiter selbst, ist schon genügend bewiesen worden; trotzdem versuchten die betreffenden Feuerhausarbeiter und zwar in einer gehässigen Weise, die aller Beschreibung spottet, mit Hilfe von gewesenen Mitgliedern, deren Verbandsinteresse noch nie weiter gegangen ist, als ihr großer Egoismus es erlaubte, denselben der Mitschuld zu zeihen, hatten aber weiter keinen Erfolg, da der Zweck der nichtsnutzigen Beschuldigung den meisten und einsichtsvollen Mitgliedern des Gaswerks klar vor Augen lag. Allerdings hat man erreicht, daß man eine Anzahl Kollegen dem Verbande abwendig gemacht hat, was, wenn auch die Nichtmitgliedschaft der Betreffenden den Stand und das Ansehen des Verbandes nicht im geringsten erschüttern können, zu bedauern ist, schon deswegen, weil dieses Verhältniß die Einigkeit der Gasarbeiter unmöglich macht, obschon dieselbe gerade jetzt im Interesse der Arbeiter der alten Gasfabrik hoch gehalten werden müßte.

Nun frage ich die Kollegen des Gaswerks, wer hat denn einen Nutzen von solch eitelen Spielereien? Ist denn der Verband zum Tummelplatz zur Ausfechtung persönlicher Streitigkeiten da, oder soll er eine Stätte sein, wo den Gasarbeitern Gelegenheit geboten wird, ihre wirthschaftliche Lage zu verbessern? Und hat sich in letzterer Beziehung der Verband nicht schon als eine unbedingte Nothwendigkeit erwiesen? Kann man noch Leuten Gefolgschaft leisten, die die Personen über den Verband stellen? Nein. Arbeiter, die für sich und ihre Familien bessere Lebensbedingungen herbeiführen wollen, thun das nicht, das thun nur Arbeiter, die, jedes selbstständigen Denkens bar, durch maßlose Verhetzung nicht wissen, was sie dadurch ihren Mitarbeitern, ihren Familien und sich selbst bereiten. Drum möchte ich die Kollegen des alten Gaswerks bitten, in Anbetracht dessen, daß die so schwer erkämpften Errungenschaften gewissermaßen auf dem Spiele stehen, die Streitaxt zu begraben und in geschlossenen Phalanx dafür zu sorgen, dieselben auch zu erhalten. Kollegen, wenn so weiter gewurstelt wird, steht unsere Existenz in Frage, denn Ihr wißt, welchen Schaden wir durch die Inbetriebnahme des neuen Gaswerks Ingelheimer Aue schon hatten und noch zu erwarten haben.

Nur ein mächtiges Vorgehen kann hier Wandel schaffen, denn von Oben haben wir nichts, garnichts zu erwarten. Zeigt Euch als Männer, die würdig sind, das Ideal der Arbeitszeit der arbeitenden Klasse, des ganzen Proletariats, zu besitzen, den

Achtstundentag!

Heinrich Schäfer.

Rundschau.

Freiherr v. Stumm-Halberg ist am Freitag, den 7. März, auf seinem Schloß Halberg im Alter von fast 65 Jahren gestorben. In ihm schied ein Mann aus dem Leben, der in der Sozialpolitik des Deutschen Reiches einen äußerst verhängnißvollen reaktionären Einfluß ausgeübt hat, wobei ihm nur der mildernde Umstand zu Gute gerechnet werden kann, daß er an das, was er sagte und that, wirklich selbst glaubte.

Letzte telegraphische Nachrichten.

Der Leipziger Skandal beendet. Da Stumm gestorben ist, hat die „Leipziger Volkszeitung" beschlossen, nach Neukirchen auszuwandern, um die Erbschaft Stumms anzutreten.

Verbrennung mehrerer Ketzer. Mehring, Kautsky, Rosa Luxenburg und der Zimmerer Juppenlatz haben bei dem Parteivorstand die Verbrennung der sozialdemokratischen Abgeordneten des hessischen Landtages beantragt, da diese zu einer Festlichkeit, welche der Kammer-Präsident veranstaltete und an der auch der Großherzog sich betheiligte, erschienen waren.

Mehring hat bereits im Grunewald eine Verbrennungsstätte ausgesucht. Die Leipziger sollen aber gegen die Verbrennung im Grunewald beim Parteivorstand Einspruch erhoben haben; sie verlangen, daß dieselbe unbedingt in Leipzig stattfinde und Ulrich, der sogar mit dem Großherzog sprach, vorher noch gerädert werden.

Unser I Berichterstatter aus der Berliner Desinfektionsanstalt drahtete uns Folgendes: Pattinn, unser Oberer, hat soeben seinen Beitritt zu unserem Verbande erklärt. Die Aufseher sollen von ihm den Befehl erhalten haben, die Nicht-Verbandsbrüder scharf zu beaufsichtigen, um sie bei dem geringsten Vergehen entlassen zu können. Ungeheurer Jubel hier. Sende für nächste Nummer das Porträt unseres jüngsten Mitgliedes.

Zur Nachahmung empfohlen!

Von seinen Erlebnissen auf der Wohnungssuche erzählt ein Arbeiter in der Wiener „Arbeiterzeitung":

„Ich zog meinen besten Rock an und ging auf die Wohnungssuche. In den ersten Häusern, die ich betrat, hatte ich es nur mit den Hausmeistern zu thun, und obwohl mir die betreffenden Wohnungen ziemlich entsprochen hätten, konnte ich mein Angeld doch nicht los werden. Einer der Hausmeister durfte nur Parteien mit firem Gehalt aufnehmen, der andere nur kinderlose Leute und so fort. Endlich schien ich in das richtige Haus gekommen zu sein. Der Hausmeister dieses Hauses stellte gar keine Fragen an mich, sondern zeigte mir mit freundlicher Bereitwilligkeit die am Hausthor angeschlagene Wohnung. Als ich mich bereit erklärte, die Wohnung aufzunehmen, und ihm das Angeld einhändigen wollte, verwies er mich an den im ersten Stock wohnenden Hausherrn. Mit etwas bangen Gefühlen klopfte ich an der Thür des Gewaltigen an, ein Dienstmädchen öffnete mir und führte mich in ein Zimmer, wo der etwas beleibte, sonst aber ganz harmlos aussehende Hausherr noch im Schlafrock saß und das „Deutsche Volksblatt" studirte. Er erwiderte freundlich meinen Gruß, und ich gab ihm den Zweck meines Besuches bekannt. Hierauf entspann sich zwischen uns folgendes interessante Gespräch: Er: „Alsdann sagen S' mir amal, wia haßen S' denn eigentli?" — Ich: „Jakob Gruber." Er: „Jakob? . . . U! Jegerl, schreiben S' Ihna vielleicht gar mit an Ausrufungszeichen?" — Ich: „Nein, mit einem Punkt." Er: „Was hab'n S' denn für a G'schäft?" — Ich: „Buchdrucker." — Er: „Hm, also a Luxusg'schäft. Hab'n S' a an sichern Verdienst?" — Ich: „So ziemlich. Ich bin schon sechs Jahre in einer und derselben Druckerei." — Er: „So lang schon? Da g'hör'n S' g'wiß zu dö konservativen Parteien?" — Ich: „Freilich, als Partei bin ich sehr konservativ, weil ich nicht gerne ausziehe." — Er: „Ah, so hab' i dös nöt g'mant. Uebrigens ziagne mache Leut' nur deswegen nöt gern aus, weil s' nöt so g'schwind wieder a anderer Hausherr nimmt. Hab'n S' Kinder?" — Ich: „Natürlich, wie die meisten Parteien." — Er: „Jetzt gar so natürlich find' i dös nöt, daß jede beliebige Partei Kinder hat. Aber ich siech ja schließlich ein, daß Kinder a sein müassen, aber natürli, im richtigen Alter sollen s' halt sein. Entweder so jung', daß s' no nöt laufen und d' Mauern und d' Stiag'n ruiniren, oder schon so erwachsen, daß sa si eahna Vergnügen außer Haus suachen können." — Ich: „Jedes Kind muß aber doch einmal zu laufen anfangen, und es dauert dann lange Jahre, bis sie allein außer Haus gehen dürfen." — Er: „Na, seh'n S', drum is's halt doch am besten, wann dö Leut' erst gar kane Kinder hab'n, da fangen nacher a ka zum laufen an. Wia steht's denn mit Ihnera und Ihnera Familie ihrer G'sundheit?" — Ich: „Wir sind so gesund als möglich. Wie kommen Sie aber zu dieser Frage?" — Er: „Dös is a so: I bin a lebensfroher Mensch und wir nöt gern dran erinnert, daß alle Menschen sterben müassen. Es is mir aber schon a paarmal passirt, daß i Leut' in mei Haus g'numma hab', dö rücksichtslos drauf los g'sturben san, obwohl sa si in Anfang nöt zum umbringen g'stellt ham, und i hab' dann immer drei Täg' außer Haus zuabringen müassen, daß i von dera Leicheng'schicht nix g'sehn und g'hört hab'." — Ich: „Zum Sterben kann sich eben Niemand die Zeit selber aussuchen." — Er: „Dös is halt das Traurige, daß ma si in gar nix auf dö Partei verlassen kann. Wia halten Sö 's denn mit der Religion?" — Ich: „Darüber habe ich noch keinem Hausherrn Rechenschaft gegeben und würde auch Ihnen keine geben." — Er: „So? Dann kann i Ihna nöt in mein Haus brauchen. Meine Parteien san lauter urndliche Leut', und i verlang' nöt nur olle Vierteljahr mein Zins, sondern a pünktli dö Beichtzetteln von der ganzen Familie." — Mit diesen Worten nahm er wieder das „Deutsche Volksblatt" in die Hand und ich meine Füße über die Achseln, um so schnell als möglich in meine alte Wohnung zu kommen."

Abrechnung des Verbands-Vorstandes

für das 4. Quartal 1900.

Einnahme.

Bestand vom 3. Quartal 1900	3759,80	Mk.
Mitgliedsbeiträge und Eintrittsgelder	4226,81	„
Einnahme für Extrasteuer-Marken	11,—	„
Summa	7997,61	Mk.

Ausgabe.

„Die Gewerkschaft" à Conto	985,—	Mk.
Agitation	391,70	„
Gehälter	821,98	„
Porto	196,81	„
Gemaßregelten-Unterstützung	146,—	„
Streik Unterstützung	23,07	„
Bureaubedürfnisse	170,—	„
Bureaumiethe	37,50	„
Sitzungsgelder	27,75	„
Stempel	1,50	„
Rechtsschutz	50,—	„
Litteratur	33,25	„
Diverse	5,54	„
Summa	2890,10	Mk.

Abschluß.

Einnahme	7997,61	Mk.
Ausgabe	2890,10	„
Bestand	5107,51	Mk.

P. Posseckart, Verbandskassirer.

Revidirt und richtig befunden.

Berlin, den 2. März 1901.

P. Schulz. A. Lehmann.

Zusammenstellung

über die Gesammt-Einnahme u. -Ausgabe des Verbandes im 4. Quartal 1900.

Einnahme.

Einnahme der Filialen	13498,73	Mk.
Einnahme des Verbands-Vorstandes	3770,80	„
Summa	17269,53	Mk.

Ausgabe.

Ausgabe der Filialen	3160,21	Mk.
Ausgabe des Verbands-Vorstandes	2890,10	„
Summa	6050,31	Mk.

Abschluß.

Gesammt Einnahme	17269,53	Mk.
Gesammt Ausgabe	6050,31	„
Bleibt ein Vermögen von	11219,22	Mk.
Davon in den Filialen	6111,71	„
„ hat der Verbands-Vorstand	5107,51	„

Versammlungs-Anzeiger.

Filialen, die ihre Versammlungen regelmäßig an bestimmten Tagen abhalten, können dieselben unter dieser Rubrik bekannt geben. — Aenderungen können nur ausnahmsweise berücksichtigt werden.

Berlin I. (Anhalt Müllerstraße.) Montag, den 1. April.

Berlin Ia. (Anhalt Danziger Straße.) Dienstag, den 26. März bei Forert, Prenzlauer Allee. Abends 8 Uhr.

Berlin Ib. (Anhalt Gitschinerstraße.) Dienstag, den 9. April, Kottbuser Damm bei Schmidt.

Berlin II. (Kanalisations-Arbeiter). 6. April, Jüdenstr. 35/36. Abends halb 8 Uhr.

Berlin III. (Wasserwerke-Arbeiter). Am 15. jeden Monats bei Bucke, Grenadierstr. 33.

Berlin IV. (Desinfektoren). Alle Mittwoch nach dem 1. jeden Monats bei Wildgrube, Muskauerstr. 31, Abends ein halb 9 Uhr.

Berlin V. (Markthallen-Arbeiter). Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats bei Lange, Dragonerstr. 16, Nachmittags halb 4 Uhr.

Berlin VI. Zahlstelle Schillingsbrücke, Schultheiß Ausschank.

Berlin VII. ([illegible]). Jeden Dienstag nach dem 15. des Monats [illegible]str. 9.

Berlin VIII. (Arbeiter des städtischen Kohlenplatzes). Sonntag nach dem 15., Holzmarktstr. 4, bei Diskowski.

Berlin IX. (Arbeiter der Revier-Inspektionen rc.) Jeden Donnerstag nach dem 15. bei Buske, Grenadierstr. 33.

Berlin X. (Arbeiter des Röhrensystems der Gaswerke). **Alle Sonnabend** nach dem 15. jeden Monats.

Berlin XI. (Krankenhäuser.) **Alle Mittwoch nach dem 1. jeden Monats. Abends 8 Uhr, Engel-Ufer 15, „Gewerkschaftshaus", 1 Treppe,** Zimmer 10.

Berlin XII. (**Arbeiter der nördl. Rieselfelder.**) Jeden Sonntag nach dem **15. in Weißensee, Rennbahnstraße bei Gött'ing,** Nachmittags 2 Uhr.

Berlin XIII. (**Arbeiter der südl. Rieselfelder.**) **Sonntag,** den 31. März in Schenkendorf bei Pape.

Berlin XIV. (Steinarbeiter.) Jeden Donnerstag nach dem 15., **Abends** 8 Uhr, bei **Buske,** Grenadierstr. 33.

Bremen. Am 2. Dienstag jeden **Monats im Vereinshaus** Hankestr.

Charlottenburg. Dienstag, den 26. März, **Gambrinus-Brauerei,** Wallstraße 91, **Abends** halb 9 Uhr.

Königsberg i. Pr. Jeden 1. **Montag im Monat, Abends** halb 8 Uhr in der Phönixhalle.

Magdeburg I. (**Gasarbeiter**). **Jeden Sonnabend nach dem 15.** bei Winter Rogätzerstr. 86.

Magdeburg II. (Straßenreiniger, Canalisation 2c.) **Jeden Sonntag** nach dem 1., **Abends 6 Uhr,** in der **Burghalle, Grüne Armstraße.**

Magdeburg III. Jeden 1. Sonnabend im **Monat, Knochenhauerufer** 27/28, **Abends 8 Uhr.**

Mainz. Jeden 1. **Sonntag** im **Monat,** Nachmittag, **Mitglieder-Versammlung** im **Restaurant** „Zur Wanz", Pfaffengasse.

Mannheim II. Jeden 2. und 4. **Freitag** im **Monat.** halb 7 Uhr **Abends** bei Bitterwolf, K. 36.

Mannheim III. Versammlung jeden 2. und 4. **Sonntag** im Monat, Nachm. 3 Uhr, im **Lokal** „**Prinz Max**", H. 3. 3. bei Lemmer.

Mannheim IV. Alle 14 Tage nach der **Zahlung Versammlung** bei Bell, 8. 1. 3. **Breitestraße. An** jedem **Zahltag** daselbst **Beitragsentrichtung.**

Pforzheim. **Jeden 1. Dienstag im Monat Mitgliederversammlung** im „Goldenen **Löwen.**"

Rixdorf. Dienstag, **den 2. April bei Preßler,** Ziethenstr. 69.

Stuttgart I. Jeden 1. und 2. **Samstag** im **Monat,** 8 **Uhr Abends,** zum „Stern".

Schmargendorf. **Am** 30. März **in Wilmersdorf, Augustastr.** 1 bei Struß.

Achtung, Gasanstalts-Arbeiter Deutschlands!

Die erste General-Versammlung des Verbandes der in Gemeinde-Betrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten beauftragte den unterzeichneten Vorstand im Jahre 1901 einen Kongreß für sämmtliche in Gaswerken beschäftigten Personen einzuberufen.

Wir bringen hiermit unseren erhaltenen Auftrag zur Ausführung und rufen den

ersten deutschen Gasfabrikarbeiter-Kongreß zum Oktober 1901 nach Frankfurt a. M. ein.

Die provisorische Tagesordnung desselben lautet:

1. Arbeitszeit und Arbeitsleistung der Betriebsarbeiter der Gaswerke.
2. Die Lohnfrage der Betriebsarbeiter.
3. Gesundheitliche Fürsorge für die Betriebsarbeiter.
4. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Hofarbeiter.
5. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Handwerker, Installateure 2c.
6. Die Lohn-, Dienst- und Ruheverhältnisse der Laternenwärter.

Der nähere Zeitpunkt der Tagung 2c. wird später bekannt gegeben werden.

Da die Kosten des Kongresses (Fahr-, Zehrgelder u. s. w.) nach den Beschlüssen der oben genannten General-Versammlung durch freiwillige Sammlungen in den interessirten Kreisen aufzubringen sind, so werden wir demnächst die nothwendigen Sammellisten herausgeben.

Wir ersuchen nun die allerorts in Gaswerken thätigen Personen sich baldigst darüber in Versammlungen zu entscheiden, ob sie sich an dem Kongreß betheiligen wollen, welches wir in angesichts der wichtigen Verhandlungspunkte des Kongresses für selbstverständlich halten. Die Beschlüsse der betreffenden Versammlungen sind dem Unterzeichneten mitzutheilen.

Der Vorstand

des Verbandes der in Gemeinde-Betrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten.

J. A.: Br. Poersch, Berlin W. 30, Winterfeldstr. 25.

Im Verlag von **J. H. W. Dietz Nachf.** in **Stuttgart** ist soeben erschienen:

Neu! **Neu!**

„Vaterlandslose Gesellen"

Kurze Biographien der verstorbenen hervorragenden Sozialisten des 19. Jahrhunderts.

Soweit Porträts zu erlangen waren, sind solche den Biographien beigefügt.

106 Seiten. **Preis 50 Pfennig.**

Ueberall

suchen wir thätige Parteigenossen, die in den Gewerkschafts- und Volksversammlungen den Einzelverkauf des bekannten humoristisch-satirischen Arbeiterblattes

Süddeutscher Postillon

übernehmen können. **Günstige Bedingungen.** Weitere Auskunft ertheilt auf gefl. Anfrage **M. Ernst, Verlag, München,** Senefelderstr. 4.

Filiale Berlin VII.
(Schlacht- und Viehhofs-Arbeiter.)

Am 18. d. Mts. verschied unser braver und treuer Verbandskollege

Johann Winkel.

Ehre seinem Andenken!

Der Vorstand der Filiale Berlin VII.

Verantw. Redakteur: **Br. Poersch,** Berlin, Winterfeldtstr. 25
Druck von **Maurer & Dimmick,** S., Louisen-Ufer 11

Einnahmen und Ausgaben

der Filialen resp. größerer Einzel-Mitgliedschaften im IV. Quartal 1900.

(1. Oktober 1900 bis ultimo Dezember 1900.)

Filiale	Einnahme: Bestand b. d. letzten Abrechng. M. Pf.	Eintrittsgelder für männliche Mitglieder M. Pf.	Eintrittsgelder für weibliche Mitglieder M. Pf.	Wochenbeiträge für männliche Mitglieder M. Pf.	Wochenbeitrag für weibliche Mitglieder M. Pf.	Delegirtensteuern M. Pf.	Extrasteuern M. Pf.	Sonstige Einnahmen M. Pf.	Summa der Einnahme M. Pf.	Ausgabe: Unterstützung an Kranke M. Pf.	Unterstützg. in Sterbefällen M. Pf.	Sonstige Unterstützungen M. Pf.	Ausgaben für die örtliche Verwaltung M. Pf.	Bibliothek Zeitschriften 2c. M. Pf.	Vorträge M. Pf.	Sonstige Ausgaben M. Pf.	An den Verbandvorst. gesandt M. Pf.	Summa der Ausgabe M. Pf.	Bleibt in der Filialenkasse Bestand M. Pf.	Zahl der Mitglieder
Berlin I.[1]	133 60	20 —	—	292 20	—	14 —	—	7 60	467 40	57 —	—	—	—	—	—	10 65	180 10	247 75	219 65	[illegible]
" Ia.[2]	169 40	20 —	—	338 40	—	20 60	21 80	—	570 20	111 —	—	—	—	—	—	37 15	209 80	357 95	212 25	[illegible]
" Ib.[3]	153 40	15 —	—	377 10	—	20 10	—	— 20	565 80	137 30	—	—	—	—		39 35	223 35	400 —	165 80	[illegible]
" II.[4]	143 13	1 —	—	260 10	—	16 10	—	26 55	449 55	108 —	—	—	6 15	—	—	23 45	150 15	287 75	162 13	[illegible]
" III.[5]	207 96	5 —	—	170 40	—	14 10	—	—	397 46	—	—	—	16	—	—	25 10	104 30	145 40	252 06	[illegible]
" IV.[6]	176 66	—	—	80 85	—	3 50	28 50	11 —	300 51	—	—	40 —	5 70		—	— 50	43 77	89 97	210 54	[illegible]
" V.[7]	247 08	3 50	—	166 20	1 80	8 40	—	— 10	427 08	71 50	—	—	—	—	—	41 25	96	208 75	218 33	[illegible]
" VI.[8]	72 53	5 50	—	435 —	—	17 70	34 35	—	565 08	15 50	75	—	82,70	—	—	22 05	240 70	435 95	129 13	[illegible]
" VII.[9]	370 41	6 50	—	245 10	—	12 20	26 —	18 70	678 91	119 50	30 —	—	5 62	—	—	19 10	141 25	315 47	363 44	[illegible]
" VIII[10]	38 76	1 —	—	50 40	—	2 70	25 80	—	118 66	56 —	—	—	— 54	—	—	3 40	28 90	88 84	29 82	[illegible]
" IX[11]	259 12	27 —	—	392 85	—	20 10	—	—	699 07	115 55	—	—	111 20	—	—	—	243 53	470 28	228 79	[illegible]
" X[12]	—	—	—	74 26	—	4 90	—	—	79 16	—	—	—	4 65	—	—	37 38	37 13	79 16	—	[illegible]
" XI.[13]	43 55	8	—	105 —	7 80	6 90	—	1 40	172 65	—	—	—	20 20	—	—		77 25	97 45	75 20	[illegible]
" XII.[14]	—	66 50	—	214 80	—	10 20	—	—	291 50	—	—	—	29 86	—	—	—	184 10	213 96	77 54	[illegible]
Bremen	500 82	7 50	—	68 25	—	3 90	14 40	—	594 87	—	—	—	37 50	—		452 62	45 55	535 67	59 20	[illegible]
Charlottenburg	256 05	28 50	—	286 80	—	13 50	21 10	—	605 95	40	—	—	25 25	—	7 50		185 40	258 15	347 80	[illegible]
Dresden	457 61	18 —	—	531 90	—	27 40	—	—	1034 91	39 —	—		55 80	10	3 —	—	311 35	419 15	615 76	[illegible]
Friedrichshagen	72 65	2 50	—	81 30	—	3 90	—	—	160 35	9 —	—	—	8		—	—	46 85	63 85	96 50	[illegible]
Halle a. S.[15]	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		—	—	—	—	—	[illegible]
Hamburg	—	89 —	—	228 —	—	16 90	—	22 —	355 90	—	—	—	58 60	27 05	—	58 31	211 45	355 41	— 49	[illegible]
Heidelberg[16]	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	[illegible]
Karlsruhe	30 80	2 —	—	13 95	—	—	—	—	46 75	—	—	—	1 —		—	—	8 80	9 80	36 95	[illegible]
Königsberg i. Pr.	28 91	—	—	12 30	—	— 40		—	41 61	24 —	10 —	—	— 85	—	—	—	6 55	41 40	— 21	[illegible]
Leipzig	427 08	6 —	—	141 15	—	2 80		16 67	593 70	20	—	—	29 70	— 50	1 50	28 65	79 38	159 73	433 97	[illegible]
Magdeburg I.	182 43	9 —	—	342 15	—	24 90	—	58 50	616 98	—	20	—	75	5 50	6 —	58 36	204 98	369 84	247 14	[illegible]
" II.	1 65	2	—	47 55	—	3 10	6 40	4 20	64 90	10 —	—	—	5 70		—	5 35	28 88	49 93	14 97	[illegible]
" III.	112 75	2 50		139 95	—	5 70	—	— 60	261 50	10 —		—	— 85		—	22 30	78 78	111 93	149 57	[illegible]
Mainz	19 81	4	—	180 —	—	14 40	5 35	—	223 56	—		—	—	—		54 93	108 40	163 33	60 23	[illegible]
Mannheim I.	422 08	23 —	—	194 40	—	12 70	—	12 90	665 08	—	10 —	—	56 45	—	—	—	132 90	199 35	465 73	[illegible]
" II.	64 41	3 50		60 45	—	2 50	—	—	130 86	—	—		10 80	—		20 74	36 23	67 77	63 09	[illegible]
" III.	145 89	11 50	—	127 95	—	6 70	—	54 27	346 31	—	—	—	15 58	—	3	18	82 27	118 85	227 46	[illegible]
" IV.	205 35	8 50	—	79 80	—	4 90	—	2 82	301 37	—	4 —		20	—		25 54	53 40	102 94	198 43	[illegible]
Nürnberg	—	103 —	—	279 15	—	—		—	382 15	—	—	—	83 98			—	242 50	326 48	55 67	[illegible]
Pforzheim	89 49	5 50		82 50	—	5 10	—	2 95	185 54	—	—	—	3 50	—		9 85	55 05	68 40	117 14	[illegible]
Rixdorf	110 78	9 50	—	45 45	—	1 50		1 15	168 38	—			5 85	5 —			53 25	64 10	104 28	[illegible]
Schmargendorf	124 43	7 50	—	202 65	—	10 20	41 40	—	386 18	55 65	—	—	8 30			—	119 03	182 98	203 20	[illegible]
Stuttgart	44 28	6	—	134 55	—	7 60	—	—	192 43	24 50	—	—	8 30		—		80 88	113 68	78 75	[illegible]
Tegel	149 96	— 50	—	127 95		5 40	—		283 81	37 50	—	—	1 75	— 15	—	13 75	69 87	123 02	160 79	[illegible]
Weitend	27 23	2	—	40 65	—	2 40	—		72 28	15		—	— 85	—		2	24 73	42 58	29 70	[illegible]
Summa	5490 06	533 50		6651 46	9 60	347 40	225 10	441 61	13498 73	1076	149 —	40	796 23	48 20	21	1029 78	4226 81	738[illegible] 02	6111 71	4[illegible]

Anmerkungen. [1]) Gasanstalts-Arbeiter. [2]) Gasanstalts-Arbeiter. [3]) Gasanstalts-Arbeiter. [4]) Kanalisations-Arbeiter. [5]) Wasserwerks-Arbeiter. [6]) Desinfekto[illegible] [7]) Markthallen-Arbeiter. [8]) Laternen-Anzünder. [9]) Schlacht- und Viehhofs-Arbeiter. [10]) Arbeiter des städtischen Kohlenplatzes. [11]) Arbeiter der Revier-Inspektionen. [12]) Arbei[illegible] des Röhrensystems der Gaswerke. [13]) Angestellte der Krankenhäuser. [14]) Arbeiter der nördlichen Rieselfelder. [15]) und [16]) Die Filialen haben keine Abrechnungen eingesandt

Beilage zu „Die Gewerkschaft“.

Nr. 6. | Berlin, den 24. März 1901. | 5. Jahrg.

Die Gewerkschaften Englands im Jahre 1899.

(„Labour Gazette“, Januar 1901.)

Der zwölfte Bericht über die Gewerkschaften in Großbritannien wurde von der Gewerbekammer am 18. Dezember vorigen Jahres herausgegeben. Derselbe bringt Berichte über Gewerkschaften und verwandte Verbände bis zum Schlusse von 1899 und enthält vergleichende statistische Angaben über Mitgliedschaft, Einnahme, Ausgabe und Vermögensstand für die Jahre von 1892 bis 1899.

Mitgliederzahl aller Gewerkschaften.

Aus dem Berichte erhellt, daß am Schlusse von 1899 1292 Gewerkschaften mit einer Mitgliederzahl von 1 802 518 vorhanden waren, verglichen mit 1310 Gewerkschaften mit einer Mitgliederzahl von 1 649 231 am Schlusse von 1898. Die Vertheilung dieser Gewerkschaften auf die verschiedenen Gewerbegruppen in 1899 ist auf der folgenden Tabelle gezeigt:

Gewerkschaftsgruppen	Anzahl der Gewerkschaften	Anzahl der einzelnen Gewerbe	Mitgliederzahl am Schlusse von 1899: Anzahl	Prozentsatz der Gesammtz.
Bergbau und Steinbrüche	60	2029	424783	24
Metall, Maschinen- und Schiffbau	272	2570	331245	19
Baugewerbe	136	3202	251065	14
Weberei	242	521	220098	12
Eisenbahnen, Werften und Transportgewerbe	68	1289	163283	9
Allgemeine Arbeit	21	900	111716	6
Kleider	47	615	68309	4
Druckerei und Buchbinderei	58	356	56471	3
Behördliche Beschäftigung	82	908	41119	2
Holzbearbeitung u. Möbel	128	618	39352	2
Alle and. Gewerkschaften	238	1541	95077	5
Zusammen	1292	14549	1802518	100

Aus Obigem ist zu ersehen, daß 69 pCt. der Gesammtmitgliederzahl aller Gewerkschaften in den Bau-, Berg-, Textil- und Metall-, Maschinen- und Schiffsbaugewerben zu finden sind. Von den 1292 Gewerkschaften waren 614 mit einer Mitgliederzahl von 1 408 702 nach der Trades-Unions-Act (Gewerkschaftsgesetz) eingetragen, während 678 mit einer Mitgliederzahl von 393 816 nicht in dieser Weise eingetragen waren. Demnach gehören über 78 pCt. der gesammten Mitgliederzahl den eingetragenen Gewerkschaften an.

Die folgende Tabelle giebt am Schlusse jedes der einzelnen Jahre von 1892—1899 erstens die Mitgliederzahl von 100 der bedeutendsten Gewerkschaften, deren finanzielle Transaktionen zur Untersuchung ausgewählt wurden, und zweitens die Mitgliederzahl aller anderen Gewerkschaften während des ganzen Zeitraumes.

Jahr	100 der bedeutendsten Gewerkschaften	Andere Gewerkschaften	Gesammte Mitgliederzahl aller Gewerkschaften
1892	905 116	598 116	1 503 232
1893	909 556	570 734	1 480 270
1894	924 163	515 141	1 439 304
1895	915 063	494 087	1 409 150
1896	962 138	534 622	1 496 760
1897	1 064 493	550 500	1 614 993
1898	1 043 183	606 048	1 649 231
1899	1 117 465	685 053	1 802 518
Steigerung in 1899 über 1892	212 349	86 937	299 286
dito in Prozentsätzen	23,5	14,5	19,9

Sie zeigt, daß die Mitgliederzahl aller Gewerkschaften zwischen 1892 und 1899 sich um 299 286 oder 19,9 pCt vermehrte, die Steigerung in den 100 bedeutendsten Gewerkschaften betrug 23,5 pCt.

Die Anzahl der weiblichen Mitglieder der Gewerkschaften war 120 448 am Schlusse von 1899 oder beinahe 7 pCt. der Gesammt-Mitgliederzahl aller Gewerkschaften und 39 pCt. der Mitgliederzahl der 139 Gewerkschaften, welche gleichzeitig weibliche Mitglieder haben. Neun Zehntel dieser weiblichen Mitglieder befinden sich in den Webergewerben.

Das Verhältniß der Arbeiter in den Gewerbeklassen, aus welchen Gewerkschaftler hervorgehen, welche thatsächlich zu Gewerkschaften gehören, ist ungefähr 1 zu 5, oder mit Ausschluß des Ackerbaues (in welchem Erwerbszweige die verhältnißmäßige Zahl der Gewerkschaften fast unberücksichtigt bleiben kann) 1 zu 4; im Falle der weiblichen Personen in Fabriken und Werkstätten ist das Verhältniß 1 zu 10.

Rechnungsberichte von hundert der bedeutendsten Gewerkschaften.

Die Rechnungsberichte von hundert der bedeutendsten Gewerkschaften sind aus dem Berichte zu genauer Untersuchung ausgewählt und ihre finanzielle Lage während des Zeitraumes von 1892—1899 ist auf der nächsten Tabelle angegeben, woraus man ersehen wird, daß im Jahre 1899 eine Steigerung der Mitgliederzahl, Einnahme und des Vermögens über 1892 und eine Verminderung der Ausgabe vorhanden war. Verglichen mit 1898 zeigen die Zahlen eine Vermehrung des Vermögens und der Gesammt-Mitgliederzahl, aber einen Rückgang in der Einnahme und Ausgabe; den Rückgang verursachte in beiden Fällen hauptsächlich das verhältnißmäßige Fernbleiben von Streitigkeiten von einiger Bedeutung in diesem Jahre.

Jahr	Mitgliederzahl von 100 der bedeutendsten Gewerkschaften	Einnahme: Betrag M	Einnahme: Auf das Mitglied M	Pf	Ausgabe: Betrag M	Ausgabe: Auf das Mitglied M	Pf	Vermögen am Jahresschlusse: Betrag M	Vermögen: Auf das Mitglied M	Pf
1892	905116	29546500	32	66	28721900	31	69	32390040	35	77
1893	909536	32492620	35	69	37246400	40	94	27636280	30	35
1894	924163	32698400	35	35	28750080	31	9	31584580	34	16
1895	915063	31201260	34	10	27831040	30	41	34954800	38	18
1896	962138	33511380	34	84	24716720	25	67	43758460	45	44
1897	1064493	39639720	37	19	37952720	35	61	45445460	42	17
1898	1043183	38345380	36	75	29822400	28	55	53968440	51	69
1899	1117465	37280120	33	34	25590120	22	87	65658440	58	75

Der Rückgang in der Ausgabe der Metall-, Maschinen- und Schiffsbau-Gewerbegruppen betrug nicht weniger wie 3 372 240 Mk. Im Jahre 1899 war die Ausgabe 9 182 940 Mk. verglichen mit 12 555 180 im Jahre 1898. Die Summe des zur Verfügung stehenden Vermögens war am Schlusse von 1898 am höchsten und betrug 65 658 440 Mk. oder 58,75 Mk auf das Mitglied; das Vermögen in einer Gewerkschaft, das der Baumwollspinner, betrug soviel wie 355,60 Mk. pro Mitglied.

Einnahme und Ausgabe waren am höchsten in 1897, das Jahr des großen Streiks im Maschinenbaugewerbe, und der Betrag des zur Verfügung stehenden Vermögens war am geringsten am Schlusse von 1893, das Jahr des großen Kohlenstreiks.

Genaue Einzelheiten betreffs der Ausgaben in den verschiedenen Rubriken giebt der Bericht, doch mag die durchschnittliche jährliche Ausgabe für Streikunterstützung, Reise-, Arbeitslosigkeits- und andere Unterstützung und Verwaltungsausgaben während der acht Jahre von 1892 bis 1899 aus der folgenden Tabelle ersehen werden:

Jahr	Streik-Ausgaben: Betrag M	Prozentsatz der Gesammtausgabe	Arbeitslosen- und sonstige Unterstützungen: Betrag M	Prozentsatz der Gesammtausgabe	Betriebs-Ausgaben: Betrag M	Prozentsatz der Gesammtausgabe
1892	7 910 560	27,5	15 377 740	54,8	5 073 600	17,7
1893	11 661 960	31,3	20 431 960	54,9	5 152 480	13,8
1894	8 349 380	11,7	19 948 860	69,0	5 551 840	19,3
1895	3 966 660	14,0	18 874 780	67,8	5 049 600	18,2
1896	8 419 380	13,8	15 851 300	64,2	5 437 040	22,0
1897	12 666 940	33,4	18 014 920	50,1	6 270 860	16,5
1898	6 268 600	21,0	17 445 800	58,5	6 108 000	20,5
1899	2 414 560	9,4	16 705 180	65,3	6 470 380	25,3
Durchschnittssumme der acht Jahre	6 449 760	21,4	17 988 820	59,8	5 639 220	18,8

Hieraus erhellt, daß von einer durchschnittlichen jährlichen Ausgabe von 30 077 800 21,4 pCt. für Streikausgaben, 59,8 pCt. für Arbeitslosen- und andere Unterstützungen und 18,8 pCt. für Betriebskosten und andere Ausgaben in Anspruch genommen wurden. Im Jahre 1899 war der Prozentsatz für Streikausgaben 9,4, welches die niedrigste der Ausgaben eines Jahres während des angegebenen Zeitraumes ist und weniger wie die Hälfte der Durchschnittsausgabe für diese Unterstützung während der acht Jahre.

Die Höhe des Beitrages eines Mitgliedes weicht bei den verschiedenen Gewerkschaften sehr von einander ab, wie dieses aus nachstehender Tabelle zu ersehen ist, auf welcher die hundert bedeutendsten Gewerkschaften nach der durchschnittlichen Höhe der Beiträge ihrer Mitglieder während des Jahres in Gruppen aufgeführt sind.

Durchschnittlicher Beitrag eines Mitgliedes während des Jahres 1899	Anzahl der Gewerkschaften	Anzahl der Mitglieder
M 6 und unter M 10 jährlich	13	113 567
„ 10 „ „ „ 15 „	18	136 723
„ 15 „ „ „ 20 „	14	172 673
„ 20 „ „ „ 30 „	22	311 553
„ 30 „ „ „ 40 „	11	76 958
„ 40 „ „ „ 60 „	12	167 390
„ 60 „ „ „ 80 „	10	138 601
Zusammen	100	1 117 465

Eine summarische Aufstellung, derjenigen gleich, welche im elften Berichte veröffentlicht wurde, ist ebenfalls gegeben und zeigt für jede der 100 Gewerkschaften die Sätze der Eintrittsgelder und Beiträge und die Höhe der Unterstützungen, zu welchen die verschiedenen Klassen der Mitglieder berechtigt sind.

Gewerkschaftsausschüsse und Verbindungen.

Während des Jahres 1899 fiel die Anzahl der Gewerkschaftsausschüsse, über welche vollständige Einzelangaben für die Zwecke dieses Berichtes erhältlich waren, von 156 auf 154 und die Mitgliederzahl von 708 506 auf 687 008. Die Anzahl der Verbindungen von Gewerkschaften, welche am Schlusse von 1899 als bekannt vorhanden waren, betrug 112 mit einer zugehörigen Mitgliederzahl von 1 518 780 verglichen mit 112 Verbindungen mit 993 511 Mitgliedern im Jahre 1898. Dieses sind die höchstangenommenen Zahlen, da verschiedene Gewerkschaften zu mehr wie einer Verbindung gehören. Das große Anwachsen der Zahlen im vorigen Jahre verursachte hauptsächlich die Errichtung der Allgemeinen Verbindung der Gewerkschaften im Jahre 1899.

Korrespondenzen.

Berlin Ia. Am Dienstag, den 5. März, Abends 8½ Uhr, fand die regelmäßige Mitgliederversammlung der Filiale Ia (Gaswerk Danzigerstraße) bei Förper, Prenzlauer Allee, statt. Auf der Tagesordnung stand 1. Die Schädlichkeit der Akkordarbeit, 2. Verbandstheil, 3. Verschiedenes. Zum 1. Punkt erhielt Kollege Gipp das Wort. Derselbe führte der Versammlung klar vor Augen, daß es jetzt endlich einmal an der Zeit wäre, mit der Akkordarbeit in städtischen Gaswerken aufzuräumen; ferner erinnerte er die Kollegen daran, welche gesundheitsschädlichen Folgen die Akkordarbeit mit sich bringt. Hierdurch werde der Arbeiter auf ein noch viel tieferes Niveau herabgedrückt. Mit dem Wunsche, Mann für Mann in den Kampf gegen die Akkordarbeit einzutreten, schloß der Kollege seine trefflichen Ausführungen. Ein Antrag des Kollegen Gipp, welcher lautete: Die Akkordarbeit auf den Gaswerken ist zu beseitigen; dieser Antrag ist auf die Tagesordnung der nächsten Vorstandssitzung der vereinigten Gaswerke zu setzen, um die Meinungen der anderen Filialen zu hören, wurde einstimmig angenommen.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung wurde der Beitrag für die Warmer-Steinacher Glasarbeiter ohne Debatte bewilligt. Ferner stellte Kollege Giering den Antrag, daß auf den Zetteln, welche zur Einberufung der Versammlung dienen, jedesmal vermerkt wird, daß die Mitgliedsbücher legitimiren, und als 1. Punkt auf der Tagesordnung jeder Versammlung stehen soll: „Aufnahme neuer Mitglieder.“ Der Antrag fand ebenfalls einstimmige Annahme.

Das Vergnügungskomitee gab seine Abrechnung vom letzten Maskenball. Der Ausgabe von 100,05 Mk. stand eine Einnahme von 162 Mk. gegenüber, so daß ein Betrag von 61,95 Mk. der Filialenkasse überwiesen werden konnte. Die angeblichen Maßregelungen vom Gaswerk Gitschinerstraße wurden dem Vorstand der vereinigten Filialen zur Untersuchung überwiesen. Nach einigen Bemerkungen einzelner Kollegen wurde die Versammlung gegen 11½ Uhr vom Vorsitzenden geschlossen.

Berlin II. (Kanalisationsarbeiter.) In der am 9. März bei Mörschel, Jüdenstr. 35, abgehaltenen Versammlung, welche sehr gut besucht war, standen folgende Punkte auf der Tagesordnung: 1. Verlesung des Protokolls der letzten Versammlung. 2. Die Resultate unserer diesjährigen Lohnbewegung. 3. Neuwahl des Vorstandes. 4. Verschiedenes.

Der 1. Punkt wurde in üblicher Weise erledigt. Zum 2. Punkt erhielt Kollege Schabel das Wort. Derselbe führte aus, daß er wider Erwarten schon heute in der Lage sei, das Resultat über die diesjährige Lohnbewegung bekannt geben zu können. Das habe aber seinen Grund darin, daß der betreffende Deputationsbeschluß im „Vorwärts“ veröffentlicht sei und habe folgenden Wortlaut: Die Löhne der Heizer betragen im Anfang 3,50, nach 2 Jahren 3,75, nach 5 Jahren 4, und nach 6 Jahren 4,25 Mk. Für Putzer, Kohlenkarrer u. s. w. im Anfang

3,20, nach 2 Jahren 3,40, nach 5 Jahren 3,60 und nach 8 Jahren 3,75 Mk.

Für Kanalarbeiter im Anfang 3,25, nach 2 Jahren 3,50, nach 5 Jahren 3,75 und nach 8 Jahren 4,— Mk. Für den Maschinenbetrieb seien 365 Arbeitstage, für den Kanalbetrieb 350 Arbeitstage festgesetzt. Den Sommerurlaub von 8 Tagen kann die Deputation nicht bewilligen, weil dazu der Magistrat berechtigt sei.

Zu der Lohnregelung bemerkte Kollege Schabel Folgendes: Wenn es auch nicht gelungen sei, Wochenlöhne zu erzielen, so könne man mit diesen Erfolgen doch zufrieden sein. Von Wichtigkeit sei, daß 350 Arbeitstage festgesetzt seien, also könne man doch mit einem gewissen Einkommen rechnen. Redner fordert die Kollegen auf, treu zur Organisation zu halten, dann werden wir auch noch den Sommerurlaub und einen vernünftigen Arbeiter-Ausschuß erhalten. Kollege Heinrich machte geltend, daß die Arbeiter der Bauverwaltung nicht genug berücksichtigt worden wären. Es wurde ihm erwidert, sie hätten wahrscheinlich nicht den Instanzenweg eingehalten, sonst müßten sie Antwort bekommen haben.

Der 3. Punkt, Vorstandswahl, hatte folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Schabel, 2. Schmächtig, 1. Schriftführer Dalaske, 2. Bredlow, 1. Kassirer Lutz, 2. Schröder, als Revisoren wurden die Kollegen Genk und Baumert gewählt.

Beim 4. Punkt, Verschiedenes, wurde über verschiedene Mißstände gesprochen. Kollege Schabel führte den Anwesenden vor Augen, daß die Organisation schon genug erreicht hätte, aber es gäbe eben Kollegen, die nur Rechte, aber keine Pflichten wollen. Auf jeder Station sei ein Vertrauensmann von den Arbeitern gewählt worden, dieser soll die Sachen erst beim Inspektor anbringen; nütze dies nichts, dann werde der Verband das Weitere schon besorgen. Ferner wurden die Kollegen ermahnt, zum Quartalswechsel ihre Bücher in Ordnung zu bringen. Zum Schluß wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß sich die Kollegen recht zahlreich an den Versammlungen betheiligen sollen. Mit einem dreifachen Hoch auf den Verband schloß der Vorsitzende um 11 Uhr die Versammlung.

Berlin III. Die Mitglieder-Versammlung, welche am 15. März tagte, wurde um 9 Uhr vom Vorsitzenden eröffnet. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Bericht des Arbeiter-Ausschusses. 2. Akkordarbeit. 3. Sterbegeldfrage. 4. Verschiedenes.

Zu Punkt 1 berichtete Kollege Bartel. Er theilte mit, daß den Arbeitern auf dem Lagerplatz „Stralauer Allee" der eine Pfennig ihres Lohnes wieder bewilligt worden sei, der ihnen vor einigen Wochen abgezogen worden ist, und daß der Antrag: „Sonnabends ist um 5 Uhr Feierabend" dem Direktor unterbreitet werde; ferner, daß Herr Baumeister Eisner seine kürzlich herausgegebenen 19 Paragraphen zurückgezogen habe, da es seine eigene Arbeit gewesen und der Direktor davon nichts wisse. Die Arbeitszeit ist wie folgt festgesetzt: Vom 1. April bis 31. Oktober von 6 bis 6 Uhr, vom 1. November bis 14. Februar von 7 bis 5 Uhr, vom 15. Februar bis 31. März von 7 bis 6 Uhr. Der Antrag, den Tageswächtern denselben Lohn zu zahlen wie den Nachtwächtern, mußte leider zurückgezogen werden, da sonst den Nachtwächtern abgezogen und den Tageswächtern zugelegt werden sollte; vielleicht läßt sich später in dieser Sache etwas thun. Ueber die Akkordarbeit wurde noch längere Zeit verhandelt, Herr Eisner meinte aber kurz, es wird Akkord gearbeitet.

Zu Punkt 2 sprachen mehrere Kollegen; in der Greifswalderstraße wird Akkord gearbeitet. Herr Eisner hat aber die Sache so gehandhabt, daß lauter neue Leute zu dieser Arbeit beordert wurden. Es fragte ein Gehülfe des Rohrlegers den Vertreter des Inspektors, Herrn Zuleger, wie der Akkord bezahlt wird, da äußerte der Herr: „Das müssen Sie doch wissen. Sie hetzen die Leute auf, nehmen Sie sich in Acht.". Die Leute hatten schon drei Tage gearbeitet, da kam Herr Zuleger erst und sagte den Leuten, wieviel sie für Akkordarbeit bezahlt bekommen und äußerte zu einem neuen Arbeiter: „Lassen Sie sich nicht aufhetzen, wenn das geschieht, so sagen Sie es mir gleich." Wirklich eine schöne und berechnete Ansicht von den Unterbeamten der städtischen Wasserwerke, erst müssen die Leute den Akkord beinahe fertig stellen, dann erst erfahren sie, wie derselbe bezahlt wird. Unter diesen Umständen wird dem Arbeiter jegliche Kontrolle in Bezug auf den Arbeitsverdienst illusorisch gemacht. Es wurde beschlossen, den Antrag: „Abschaffung der Akkordarbeit" dem Kuratorium der Wasserwerke zu unterbreiten, da derselbe vom Direktor abgelehnt worden ist. Es wäre doch wünschenswerth, daß die Akkordarbeit abgeschafft würde, da doch genug Arbeiter ohne Arbeit sind und der Magistrat doch bei Lohnarbeit mehr Leute einstellen könnte.

Es ist ein Antrag gestellt, das Sterbegeld auch für Kinder über 14 Jahre zu gewähren; der Antrag wurde aber von mehreren Kollegen bekämpft und wird folgender Antrag des Kollegen Nowottny angenommen: „Das Sterbegeld wird von der Filiale für Kinder bis 16 Jahre in Höhe von 15 Mk. gezahlt."

Die Filiale zahlt also für Mitglieder Sterbegeld von 30 Mk., für deren Frauen 20 Mk. und Kinder bis 16 Jahre 15 Mk. nach einjähriger Mitgliedschaft, wenn dieselben nicht länger als 4 Wochen mit den Beiträgen rückständig sind.

Zu „Verschiedenes" sprach der Vorsitzende und ermahnte zum Schluß die Kollegen, reger für die Versammlungen zu agitiren.

Berlin IX. Am 3. d. Mts. tagte bei Buske, Grenadierstr. 33, eine Mitgliederversammlung mit Familienangehörigen der Filiale IX (Revier-Inspektionen) des Verbandes der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten.

Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung um 6½ Uhr mit dem Verlesen der Tagesordnung. Dieselbe lautete: 1. Vortrag des Herrn Waldeck-Manasse über „Sozialpolitik" im rothen Hause". 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Bevor zum 1. Punkt der Referent das Wort erhielt, wurde vom Vorsitzenden das Protokoll der letzten Versammlung verlesen; dasselbe wurde einstimmig angenommen. Nunmehr referirte Genosse Manasse in einstündiger Rede über das oben angeführte Thema. Seine interessanten Ausführungen, welche mit dem Rezitiren zweier Gedichte endeten, fanden allgemeinen Beifall. Ein gemüthliches Beisammensein mit Familie hielt die Theilnehmer bis gegen 2 Uhr in amüsanter Stimmung vereint.

Charlottenburg. Am 5. März tagte in der Gambrinusbrauerei, Wallstr. 94, eine Mitglieder-Versammlung der hiesigen Filiale des Verbandes der Gemeindearbeiter. Wegen ungenügenden Besuchs mußte der Punkt „Stellungnahme zum deutschen Gasarbeiter-Kongreß" bis zur nächsten Versammlung vertagt werden. Nachdem über das jetzige System beim Vertrieb des Verbandsorgans „Die Gewerkschaft" lebhaft debattirt worden, wurde von verschiedenen Personen das maliziöse und anmaßende Gebahren des Koaksverkäufers Weber auf Gaswerk II (Gaußstr.) scharf kritisirt. Allgemein wurde darüber geklagt, daß der genannte Herr die Arbeiter bei der Verabfolgung der Marken nicht nur ausnahmsweise lange warten lasse, sondern dieselben auch oft in brüskem Tone abweise und dabei behauptet, die betreffenden Personen kommen zu oft nach Breeze- resp. Asche-Marken. Thatsächlich haben aber diese Leute im ganzen Jahre nur ein sehr geringes Quantum erhalten; der Hinweis hierauf ist jedoch dem Herrn Koaksverkäufer nicht maßgebend. Mit den Worten: „Es giebt nichts" ist bei ihm die Sache erledigt. Des Weiteren wurde von den Anwesenden darüber Klage geführt, daß den Arbeitern der Gaswerke die Feuerungsmaterialien nicht mehr wie bisher während der Arbeitszeit, sondern nur in der Mittagspause verabfolgt werden. Es wurde betont, daß einerseits in dieser kurzen Zeit nicht Jeder befriedigt würde, andererseits ginge den Leuten die Mittagspause verlustig. Durch die mangelhafte Ruhe würden die Leute sehr erheblich körperlich geschädigt und in der Leistungsfähigkeit beeinträchtigt. Wie verlautet, soll von dem Rohrmeister Pauly bei der Verwaltung der Gaswerke die oben geschilderte Methode beantragt worden sein. Er soll seinen Antrag damit begründet haben, daß bei dem früheren System zuviel Arbeitszeit von Seiten der Arbeiter bei dem Empfang von Brennmaterialen während der Arbeitszeit verloren gegangen sei. Es ist wunderbar, wie berechnend dieser Herr ist, sobald die „Arbeiter" in Betracht kommen. Dem Arbeiter wird es nicht gegönnt, daß er sich bei passender Gelegenheit die Feuerung beschafft, das nimmt zuviel Zeit in Anspruch; daß aber bei den vielfachen persönlichen Dienstleistungen, welche von Seiten der Arbeiter für die Herren Beamten geleistet werden müssen, viel Zeit und Geld für die Verwaltung verloren geht, das verlohnt sich nicht zu berechnen. Herr Rohrmeister, Sie haben doch noch nie einen Ihrer Arbeiter während der Arbeitszeit zu derartigen persönlichen Diensten benutzt?

Ludwigshafen a. Rh. Nach fast dreijähriger, beschaulicher Ruhe besannen sich auch die Arbeiter der hiesigen städtischen Gasfabrik, veranlaßt durch die sich immer ungünstiger gestaltenden Verhältnisse derselben, auf das Bestehen des Verbandes der Gemeinde-Arbeiter. Es war aber auch die höchste Zeit; man lernte einsehen, daß durch persönliche Zwistigkeiten und Liebedienerei den Vorgesetzten gegenüber, welche bis dahin in hoher Blüthe standen, die allgemeine Lage der Arbeiter nicht nur nicht gebessert, sondern nur verschlechtert wurde. Nur dadurch konnte es kommen, daß ein seiner Zeit vom Stadtrath bewilligter Krankengeldzuschuß in der eigenmächtigsten Weise verwendet wurde. In Bezug auf hygienische Einrichtungen ist bisher das denkbar Wenigste geleistet worden. Man denke sich nur eine städtische Gasfabrik, in der 50 Arbeiter beschäftigt sind, ohne die geringste Bade- oder auch nur Wascheinrichtung. Die Arbeiter stehen vielmehr im Adamskostüm im Speisesaal, in welchem Frauen und Kinder das Mittagessen bringen, und nehmen hier die nothwendigste Körperreinigung vor.

Daß ein derartiger Zustand in einer städtischen Gasfabrik, die ja nach sozialpolitischen Gutachten den Privatunternehmern als Musterbetrieb vorangehen soll, besteht, ist nur der Saumseligkeit und Interessenlosigkeit der darin beschäftigten Arbeiter zuzuschreiben. Wir werden zu gegebener Zeit auf die ganzen Mißstände des Näheren eingehen und heute nur die Gründung und bisherige Thätigkeit und Entwicklung der Zahlstelle beleuchten.

Auf Veranlassung einiger Kollegen fand am 28. Januar die konstituirende Versammlung statt.

Nach einem Vortrag des Kollegen Hegel über Zweck und Ziele der Gewerkschaften ließen sich 40 Kollegen aufnehmen, und wurde dann die Wahl der Ortsverwaltung vorgenommen. Dieselbe ergab: Hegel, Vorsitzender; Franz Huber, 2. Vorsitzender; Johann Körber, Kassirer; Ullrich, Schriftführer; Zell und Klann als Revisoren. Ein Gesuch an den Stadtrath um Auszahlung des Lohnes in der Gasfabrik, welche bisher im Stadthause stattfand, wurde sogleich willfahrt. Es wurde des Weiteren angeregt, dem Stadtrath die Verhältnisse der Gasfabrik in einer Denkschrift zu übermitteln und die sofortige Errichtung einer Bade- oder Waschanstalt zu verlangen. Die Zusammensetzung desselben läßt erwarten, daß wir keine Fehlbitte machen.

Der Kongreß der Gasarbeiter soll angesichts des in Frage kommenden geringen Kostenpunktes durch einen Delegirten beschickt werden.

Eine ausgedehnte Debatte rief die Stellungnahme zur Krankengeld-Zuschuß-Kasse hervor. Es wurde auf die einseitige Verwendung des von Seiten der Stadt bewilligten Krankengeldzuschusses hingewiesen und verlangt, diesen Zuschuß durch Einwirkung auf die Lohnhöhe überflüssig zu machen und eine gerechtere Art der Unterstützung in der Kasse des Verbandes zu suchen. Es soll hier noch konstatirt werden, daß ein guter Geist die Kollegen beseelt und der Anfang berechtigte Hoffnungen erweckt. Daher rufe ich an dieser Stelle den Kollegen von Ludwigshafen zu: Haltet treu zum Verbande, bleibt nicht auf halbem Wege stehen, wenn Ihr das erreichen wollt, was die Kollegen in anderen Städten durch Einigkeit schon längst erreicht haben. Fort mit der ewigen Feindschaft unter einander, seid Brüder, welche bestrebt sind, gemeinsam ihre traurige Lage zu verbessern, denn nur

Vereint sind wir Alles, vereinzelt nichts!

Pforzheim. Kollege Gutbrot ist nicht zum 1., sondern zum 2. Kassirer, Kollege Käufele nicht zum 1., sondern zum 2. Schriftführer gewählt worden. Dieses zur Berichtigung, da der letzte Versammlungsbericht diesbezügliche Fehler enthielt.

Litterarisches.

Die Sozialistischen Monatshefte (Administration: Berlin W., Lützowstraße 85 A) haben soeben das Märzheft ihres VII. Jahrganges erscheinen lassen. Aus dem Inhalt desselben heben wir hervor: Georg von Vollmar: Zwei Entgegnungen. — Dr. Ignaz Zadek: Arbeiterinnenschutz. — Dr. Conrad Schmidt: Eine Philosophie des Geldes. — Eduard Bernstein: Prinzipielles zur Frage der Agrarzölle. — Dr. Ch. Schitlowsky: Die historische Endzielphilosophie. — Max Marschalk: Giuseppe Verdi. — Juhani Aho: Verirrt. — Dr. Ludwig Frank: Das Recht der Ministerverantwortlichkeit in Baden. — Georg Bernhard: Privatkapitalismus und städtischer Hypothekarkredit. — Rundschau: Politik, von Richard Calwer. — Wirthschaft von Max Schippel. — Sozialistische Bewegung, von Dr. Ladislaus Gumplowicz und Oscar Petersson. — Gewerkschaftsbewegung, von Heinrich Bürger. — Genossenschaftsbewegung, von Dr. Eduard David. — Soziale Kommunalpolitik, von Dr. C. Hugo. — Frauenbewegung, von Henriette Fürth. — Geistige Bewegung, von S. Gunter. — Bildende Kunst und Litteratur, von Oscar Bernhard. — Bücher und Zeitschriften, von P. Kampffmeyer, Dr. L. Gumplowicz und Ida Häny-Lux. Notizen von Dr. B. Borchardt. — Als Beigabe bringt das elegant ausgestattete Heft ein charakteristisches Portrait von G. Verdi. — Der Preis des Heftes beträgt 50 Pf., pro Quartal 1,50 Mk. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Kolporteure und Postanstalten (Postzeitungs-Katalog Nr. 6961) ferner direkt bei der Expedition der Sozialistischen Monatshefte, Berlin W. 35, Lützowstraße 85 A. (Zusendung unter Kreuzband oder geschlossenem Couvert). Probehefte und Verlags-Kataloge gratis und franko.

Wir können allen unsern Lesern das Abonnement auf die Sozialistischen Monatshefte nur auf das Wärmste empfehlen, zumal die „Neue Zeit" sich immer mehr und mehr zu einem Organ herausbildet, in dem die Mehring, Rosa Luxemburg und Kautsky ihr Henkeramt an alle Jenen ausüben, die es wagen selbstständig zu denken und deren Thätigkeit nicht in der Wiederholung alter abgedroschener Phrasen besteht.

Am sausenden Webstuhl der Zeit. Uebersicht der Wirkungen der Entwickelung der Naturwissenschaften und der Technik. Von Launhardt, Geh. Reg.-Rath, Prof. a. d. Techn. Hochschule zu Hannover. Mit vielen Abbild. Geh. —,90 Mk., geschmackvoll geb. 1,15 Mk. („Aus Natur und Geisteswelt". Sammlung wissenschaftlich-gemeinverständlicher Darstellungen aus allen Gebieten des Wissens. 28. Bändchen.) Verlag von G. B. Teubner in Leipzig.

Heute, wo wir in den Naturwissenschaften und der Technik einen alle vergangenen Zeiten weit überragenden Standpunkt einnehmen, ist ein Rückblick auf ihre Entwickelung, wie sie das vorliegende Bändchen in geistreichen Ausführungen giebt, gewiß vielen willkommen. Indem er sie den Weltwundern der Alten gegenüberstellt, weiß der Verfasser treffend das Wesen der Wunder unserer Zeit klar zu stellen, die im wesentlichen der Vervollkommnung des Verkehrs dienen. Vorbereitet wurden sie, wie der Verfasser im einzelnen schildert, durch naturwissenschaftliche Entdeckungen, die die Sinne verschärfen und vervollkommnen. In gleicher Weise geschieht dies dann mit den Erfindungen, die unsere Herrschaft über den Raum in ungeahnter Weise ausgebreitet haben, den modernen Schußwaffen wie den Fernrohren, den Eisenbahnen wie den Dampfschiffen und den Luftschiffen. Eine eingehende Darstellung erfährt insbesondere die Entwickelung des Eisenbahnwesens, in der die für die Beherrschung des Raumes wesentlichen Einführung der Zwangläufigkeit der Bewegung, wie sie durch das Gleis, die Röhre, den Draht und das Getriebe erreicht wird, den bedeutendsten Erfolg erzielt. Zu bedauern ist es, daß der Verfasser ein so ungerechtes Urtheil über die Arbeiterbewegung fällt. Hoffentlich studirt er diese mit derselben Gründlichkeit, wie die Fragen des technischen Fortschrittes und gelangt dann zu einer anderen Ansicht. Trotzdem können wir dieses Schriftchen allen Jenen empfehlen, welche sich über die Umwälzungen des vergangenen Jahrhunderts unterrichten wollen.

Im Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. ist soeben erschienen Heft 19 und 20 des Lieferungswerkes: **Gesundheitsschutz in Staat, Gemeinde und Familie**, herausgegeben unter Mitwirkung von Aerzten und Fachgelehrten von Emanuel Wurm.

Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die Harnorgane und deren Erkrankungen. — Die Geschlechtsorgane. — Schwangerschaft, Niederkunft und Wochenbett. — Die Frauenkrankheiten. — Die ansteckenden Geschlechtskrankheiten und die Prostitution. — Die Infektionskrankheiten.

Das Werk wird in Lieferungen von je 32 Seiten à 20 Pfennig erscheinen und in 25 Heften komplet vorliegen. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Kolporteure entgegen. Alle 14 Tage erscheint ein Heft.

Verantw. Redakteur: Dr. Poersch, Berlin, Winterfeldtstr. 25.
Druck von Maurer & Dimmick, S., Louisen-Ufer 11.